

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 19.12.2006
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Hermann Horstick Gescher

Mitglieder:

Hartmut Ahold	Bocholt	
Hubert Bestert	Südlohn	
Markus Jasper	Heek	von 17.10 Uhr (TOP 1) bis 18.52 Uhr (TOP 6)
Wolfgang Kramer	Gescher	
Heinz Kretschmann	Heiden	Vertretung für Manfred Epping
Wilhelm Kröger	Gronau	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Franz-Josef Lütkenhorst	Bocholt	ab 17.17 Uhr (TOP 1)
Josef Osterhues	Ahaus	
Markus Schulte	Gronau	bis 18.49 Uhr (TOP 6)
Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus	
Gerhard Temminghoff	Vreden	
Friedhelm Weikamp	Rhede	
Holger Weiß	Bocholt	

Es fehlt:

Winfried Semmelmann Borken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues
Dr. Hermann Paßlick
Peter Sonntag
Ludger Stienen
Paul Schmeing
Birgit Schwering
Olaf Sobek

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Horstick eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Vorsitzender Horstick verpflichtet Herrn Kretschmann als sachkundigen Bürger im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen: „Ich verpflichte mich zu einer rechtmäßigen und gewissenhaften Mitarbeit im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen. Ich werde die Anliegen des Kreises Borken und seiner Einwohner und Bürger nach bestem Wissen und Können vertreten und die Gesetze des Bundes, des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die für den Kreis Borken geltenden Rechtsnormen beachten.“

**Punkt 1: Beratung des Haushaltsentwurfs für das Budget 07 - Verkehr
Vorlage: 0290/2006**

Berichterstatter: Ludger Stienen

Auf die Frage von Frau Lindenhahn erläutert Herr Sonntag, dass es sich bei den bilanziellen Abschreibungen um eine Sammelposition handele. Enthalten seien unter anderem die Abschreibungen für das Verwaltungsgebäude. Soweit zur Aufgabenerledigung weitere Vermögensgegenstände eingesetzt würden, seien deren Abschreibungen ebenfalls angesetzt. Die Ansätze würden zentral ermittelt. Abweichungen könnten sich ergeben, weil die Verteilschlüssel angepasst worden seien.

Herr Lensing erklärt, der Kreis Borken weise als mittelfristiges Ziel die „Pflege und Weiterentwicklung der Radwegeinfrastruktur und Positionierung des Kreises Borken als fahrradfreundlicher Kreis“ aus. Für einen Münsterlandkreis sei dieses Ziel von besonderer Bedeutung, da das Münsterland eine der klassischen Radfahrregionen Deutschlands sei. Zur Umsetzung dieses Zieles sei es erforderlich, schon bestehende Aktivitäten fortzuführen und – soweit möglich und notwendig – zu intensivieren. Zu denken sei an die umfassenden und erfolgreichen Bemühungen zur Verkehrserziehung, die sich zielgruppenorientiert mit den besonderen Herausforderungen des Radverkehrs befassen, aber auch an den Ausbau geeigneter Radwege. Daneben müssten neue Maßnahmen treten, um das Radfahrklima zu stärken, wie z. B. der begonnene Bypad-Prozess. Ferner gelte es, durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit das Image des Radfahrens zu verbessern, um die Nutzung des Fahrrades als Verkehrsmittel – sowohl für die Alltagsnutzung als auch im Sport- und Tourismusbereich – zu fördern. In Abstimmung zwischen den Straßenbaulastträgern und den Verkehrsbehörden solle bei der Verkehrsregelung und -lenkung angestrebt werden, den Radfahrern Vorteile durch komfortable und schnelle Verbindungen zu verschaffen. Alle Maßnahmen und Bemühung sollten unter der Überschrift „Fahrradfreundlicher Kreis Borken“ gebündelt und strukturiert werden. Die Verwaltung werde beauftragt, bis zum Herbst 2007 eine entsprechende Darstellung zu erarbeiten und dem Ausschuss für Verkehr und Bauwesen vorzulegen. Ziel sei es, mit einer solchen Darstellung die Bausteine einer erfolgreichen Positionierung als „Fahrradfreundlicher Kreis“ zu benennen und für deren Realisierung entsprechende Eckpunkte seitens der Politik setzen zu können.

Auf die Frage von Herrn Weikamp erläutert Herr Stienen, dass die Landeszuweisung für Verkehrssicherheitsaktionen bereits im Haushaltsjahr 2006 gestrichen worden sei. Der Kreis Borken werde die erfolgreichen Verkehrssicherheitsaktionen fortsetzen. Die ausfallenden Landesmittel würden im Budget 07 - Verkehr kompensiert.

Herr Stienen erklärt auf die Anfrage von Herrn Kretschmann, dass in der ÖPNV-Rücklage Mittel für die Weiterentwicklung des ÖPNV angesammelt worden seien. Die Rücklage werde momentan nicht aufgefüllt. Zur Zeit belaufe sich die Rücklage auf rd. 850 T€.

Herr Ahold schlägt vor, Verhandlungen mit der Stadt Münster über die Höhe der Beteiligung an den Kosten des Sprinterbusses zu führen. Herr Dr. Paßlick weist darauf hin, dass die Stadt Münster signalisiert habe, die Kostenbeteiligung von 24 T€ weiter zu reduzieren. Die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Borken nutzten den Sprinterbus. Viele Studentinnen und Studenten könnten so im Kreis Borken wohnen bleiben. Dies wirke sich positiv auf die Einwohnerdaten und damit auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen aus. Im Rahmen der Verhandlungen mit der Stadt Münster seien diese Aspekte ebenso zu berücksichtigen wie die Stadt-Umland-Problematik. Auch der Kreis Coesfeld sei an neuen Verhandlungen mit der Stadt Münster interessiert.

Vorsitzender Horstick verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion zum Budget 07 und schlägt vor, die Strecken für den Freizeitbus für die nächste Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen aufzubereiten. Im Hinblick auf den Fahrplanwechsel im Mai komme die Beschlussfassung rechtzeitig. Ein Gesamtkonzept werde im Oktober vorgelegt.

Frau Lindenhahn vermisst ein einheitliches Konzept für Freizeit- und Fietsenbus. Sei beantrage, den Punkt im Maßnahmenplan 2007 aufzunehmen.

Herr Schulte hält es für sinnvoll, zunächst ein abschließendes Konzept für das gesamte Kreisgebiet vorzulegen. In einem weiteren Schritt könnten die finanziellen Möglichkeiten abgefragt werden.

Herr Dr. Paßlick schlägt vor, die mittelfristige Maßnahmenplanung auch auf den Freizeitbus auszuweiten. Hierüber besteht Einvernehmen.

Beschluss: 13 Ja-Stimmen
 3 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2007, bezogen auf das Budget 07 – Verkehr, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2007 zu verabschieden.

Punkt 2: Beratung des Haushaltsentwurfs für das Budget 08 - Planen, Bauen, Wohnen
Vorlage: 0291/2006

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Herr Kramer erkundigt sich nach den Auswirkungen in den Personalkosten des Kreises, wenn ab dem 01.02.2007 die Bearbeitung der Wohnungsbauförderung für das Stadtgebiet Bocholt auch vom Kreis Borken übernommen werde. Herr Ahold fragt ergänzend, ob die Person, die für Anträge auf Wohnungsbauförderung zuständig sei, dann in Bocholt oder in Borken sitze. Herr Grothues erklärt, dass die Aufgaben durch das vorhandene Personal im Fachbereich Bauen und Wohnen mit erledigt werde; dies wirke sich nicht auf die Personalkosten aus.

Beschluss: 13 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushalts 2007, bezogen auf das Budget 08 – Planen, Bauen, Wohnen, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2007 zu verabschieden.

Punkt 3: Beratung des Haushaltsentwurfs für das Budget 09 - Vermessung und Kataster
Vorlage: 0292/2006

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Fragen und Anmerkungen aus dem Ausschuss über die Vorlage bestehen nicht.

Beschluss: 13 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2007, bezogen auf das Budget 09 – Vermessung und Kataster, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2007 zu verabschieden.

Punkt 4: Straßenbericht mit Straßenbauprogramm 2007 und Hochbauprogramm 2007
Vorlage: 0296/2006

Berichtersteller: Peter Sonntag

Herr Sonntag verweist auf die dem Ausschuss vorliegenden Bauberichte, das Hochbauprogramm 2007 und den Straßenbericht 2007, in dem neben den geplanten Baumaßnahmen auch die abgeschlossenen Projekte aufgeführt seien. Die in den letzten Berichten angegebene wichtige Kennzahl der Unterhaltungskosten je Kilometer Kreisstraße sei diesmal aus zwei Gründen nicht aufgeführt. Einerseits sei das Jahr 2006 noch nicht abgeschlossen, andererseits müssten die Daten für das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) aufwändiger als in den Vorjahren ermittelt werden.

Eine wichtige Änderung in der Förderpraxis nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) sei die Möglichkeit, ab 2007 auch für Radwege außerhalb geschlossener Ortschaften Zuschüsse zu bekommen. Bisher habe sich die Förderung auf den Radwegebau innerhalb von Ortsdurchfahrten beschränkt, ab 2007 gelte der Grundsatz, dass alle Radwege nach GVFG förderfähig seien.

Zum Procedere der Festlegung von Fördermaßnahmen informiert Herr Sonntag, dass einmal jährlich bei der Bezirksregierung Münster sogenannte Einplanungsgespräche mit dem Landes-Verkehrsministerium stattfänden, in dem der Kreis Borken – wie alle übrigen Kommunen und Kreise im Regierungsbezirk Münster – seine geplanten Baumaßnahmen vorstelle und die Förderanträge erläutere. In den vergangenen Jahren seien die Einplanungsgespräche überwiegend positiv verlaufen, so dass die angemeldeten Maßnahmen in die Förderung gekommen seien. Der Fördertopf sei erfreulich konjunkturunabhängig und bewege sich auf einem gleichbleibenden Niveau. In diesem Jahr habe sich allerdings gezeigt, dass es durch die offensive Bewilligungspraxis des Ministeriums in den letzten Jahren zu einer Überlastung des Förderprogrammes gekommen sei. Die Abarbeitung der bewilligten Maßnahmen aus der Vergangenheit habe zu finanziellen Engpässen geführt, so dass das diesjährige Einplanungsgespräch seitens des Zuwendungsgebers sehr restriktiv geführt worden sei und alle Anträge auf Förderung auf das Jahr 2012 verschoben worden seien; lediglich bei drei Maßnahmen sei es gelungen, eine Bewilligungszusage vor dem Jahr 2012 zu bekommen.

Herr Kramer erkundigt sich danach, wer im Ministerium über die Bewilligung entscheide und ob dort auch eine politische Legitimation vorliege. Herr Sonntag entgegnet, dass die Landesmittel zur Förderung vom Land verwaltet und zugeteilt würden. Das Verkehrsministerium prüfe die Notwendigkeit und Dringlichkeit eines jeden Projektes und entscheide über die Zuwendungen. Über die Entscheidungen müsse das Ministerium vor dem Regionalrat Rechenschaft ablegen, so dass eine Legitimierung im politischen Raum stattfinde.

Herr Kretschmann erläutert die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Radverkehrskonzept 2003 (Sitzungsvorlage 0317/2006) und kritisiert, dass nicht nachvollziehbar sei, weshalb Radwege an der Spitze der Prioritätenliste nicht realisiert würden, weiter unten stehende Radwege aber bereits gebaut worden seien. Frau Lindenhand fragt ergänzend, welche Kriterien bei der Entscheidung ausschlaggebend seien, welcher Radweg wann gebaut werde. Herr Sonntag entgegnet, beim Radverkehrskonzept 2003 handele es sich nicht um eine abzuarbeitende Dringlichkeitsliste, sondern um eine rein fachtechnische Bewertung, welcher Nutzen für die Verkehrsteilnehmer entstehen würde, wenn die Planung eines Radweges umgesetzt würde. Die hinter dem abstrakten Nutzen stehenden – insbesondere finanziellen – Lasten blieben dabei unberücksichtigt. Beispielsweise würde die Realisierung eines Radweges an der K 11 im Rekener Raum zu einem großen Nutzen für den Radfahrverkehr führen, daher die Positionierung an zweiter Stelle in der Liste. Die Planungen ließen sich auf absehbare Zeit jedoch nicht wirtschaftlich umsetzen, da dort ein Naturschutzgebiet betroffen sei. Der Radweg an der K 39 in Rhedebrügge werde andererseits trotz Positionierung im Mittelfeld der Prioritätenliste des Radverkehrskonzeptes 2003 bereits jetzt ange-

packt, weil dies im Zuge der Weiterführung der B 67n von Rhede nach Borken wirtschaftlich sinnvoll sei. Wenn der Radweg jetzt nicht gebaut werde, die Brücken über die B 67n nicht mit entsprechenden Radwegen ausgestattet würden, werde es möglicherweise nie zu einer Realisierung kommen. Anhand dieses Beispiels, so Herr Sonntag, könne erkannt werden, dass es nicht selten zu externen Einflüssen komme, die über die Durchführung einer Baumaßnahme entschieden. Sowohl bautechnische Abhängigkeiten wie bei der K 39 als auch Abhängigkeiten von der Förderpraxis des Landes machten es schwierig, eine absolute Rangfolge bei der Umsetzung der geplanten Radwegebaumaßnahmen festzulegen. Daher mache sich die Verwaltung auch weiterhin stark für eine Beibehaltung des kommunalfinanzierten Radwegebauprogrammes. Auch wenn nun für alle Radwege eine Förderung nach dem GVFG theoretisch möglich sei, könnten manche Maßnahmen über die kommunalfinanzierte Schiene rascher realisiert werden. So könne der Kreis auf die Forderung von Bürgerinitiativen nach der Errichtung eines Radweges besser reagieren und sei nicht auf die Zustimmung des Landes angewiesen. Immerhin sei seit dem Jahr 2003 von 20 Kilometern neugebautem Radweg die Hälfte aus dem Radwegebauprogramm des Kreises finanziert worden, die andere Hälfte aus GVFG-Mitteln und aus dem Landesradwegeprogramm.

Herr Osterhues bemerkt, es sei grundsätzlich positiv, dass die Einplanungsgespräche transparent und verlässlich seien, es sei jedoch sehr unbefriedigend, dass einige Maßnahmen erst so spät in die Förderung kämen. Die Bürger in seinem Wahlkreis hätten für derartige Verzögerungen kein Verständnis und würden gewiss protestieren. Beispielsweise verlangten die Anwohner der K 63 in Ahaus, dass der Radweg jetzt gebaut werde, wo deren Kinder noch klein seien.

Auf Wunsch der Ausschuss-Mitglieder verteilt Herr Schmeing eine Tabelle mit den bislang realisierten Radwegen aus der Prioritätenliste des Radverkehrskonzeptes 2003. Die Liste ist noch einmal als Anlage zur Niederschrift beigefügt.

Anhand zweier Tabellen, die ebenfalls als Anlage zur Niederschrift beigefügt sind, erläutert Herr Sonntag die Abschreibung und die Refinanzierung im Bereich Verkehrswege des Kreises Borken. Aufgrund der neuen kaufmännischen Buchführung seit dem 01.01.2006 werde das Vermögen des Kreises bewertet und der Werteverzehr jährlich abgeschrieben, um die Abnutzung zu refinanzieren. Das Straßenvermögen stelle im Kreishaushalt den größten Anteil am Gesamtvermögen dar. Nach anfänglichen Überlegungen, den nicht verschleißenden Unterbau und die Verschleißdecke (Oberbau) getrennt abzuschreiben, sei man zu dem Schluss gekommen, dass die Straße als einheitliches Wirtschaftsgut auch einheitlich über 50 Jahre abgeschrieben werde.

Herr Ahold bemerkt, dass bei der Angabe von jährlichen Refinanzierungsbeträgen für Verschleißdeckenerneuerung und Deckensanierung die Verwaltung in der Lage sein müsse, ein Grobkonzept über derartige Maßnahmen für die nächsten fünf Jahre zu erstellen. Dies wird von Herrn Sonntag bestätigt. Er erklärt, dass die Zahl 2,9 Mio. € für den Deckenbau auch nicht neu sei. Nicht erst seit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) achte der Kreisbetrieb darauf, den jährlichen Werteverzehr durch Deckensanierungen auszugleichen. In den vergangenen zehn Jahren wurden je rund 2,8 Mio. € bereitgestellt. Bei den aus Gründen der Haushaltskonsolidierung für notwendig erachteten Kürzungen der Deckenbaumittel in den Jahren 2004 und 2005 habe die Verwaltung darauf hingewiesen, dass es zu einem Substanzverlust komme, wenn der Deckenbau langfristig zurückgefahren werde und unterhalb der jährlichen Abschreibung bleibe.

Herr Schulte stellt fest, dass der Kreis durch die Ansetzung von Abschreibungsbeträgen für den Straßenunterbau, der keinem Werteverzehr unterliege, überschüssige Finanzmittel zur Verfügung habe und fragt, ob diese Mittel für andere Zwecke verwendet werden dürften. Herr Sonntag macht deutlich, dass das NKF dem Kreis ein Problem beschert habe. Einerseits müsse für den Neubau und Umbau von Straßen Grunderwerb erfolgen, für den liquide Mittel benötigt würden, andererseits dürften Grundstücke nicht abgeschrieben werden, da sie keinem Werteverzehr unterlägen. Weil der Kreis keine Überschüsse für derartige Zwecke

erwirtschaften dürfe, könnten ohne Abschreibung der Grunderwerbsausgaben die nötigen Finanzmittel für den Grundstückskauf aber nur über die Aufnahme von teuren Krediten aufgebracht werden, die dann über die Kreisumlage refinanziert würden, eine für alle Beteiligten ungünstige Situation. Daher sei die Abschreibung des Straßenunterbaues und die Verwendung dieser Finanzmittel für den Erwerb von Grundstücken die kostengünstigste Lösung.

Herr Weikamp bittet um Auskunft darüber, ob der Kreis bei seinen Baumaßnahmen im Vorfeld der Bauausführung Kontakt zu anderen Straßenbaulastträgern aufnehme. Er habe als Einwohner der Stadt Rhede in der letzten Zeit den Eindruck gehabt, dass mit dem Umbau der K 4 eine Vielzahl verschiedener Baumaßnahmen unkoordiniert nebeneinander stattgefunden hätten, was zu den Verkehrsproblemen geführt habe. Herr Schmeing entgegnet, eine Koordinierung habe zwar stattgefunden, jedoch habe sich der Bau der B 67n verzögert und die Stadtwerke Rhede hätten dringend neue Gasleitungen legen müssen, so dass ungewöhnlich viele Projekte gleichzeitig abgelaufen seien. Durch die Verkehrsfreigabe der Gronauer Straße in Rhede-Nord und der B 67n habe sich die Lage aber wieder entspannt.

Zum Abschluss der Beratungen stellt Herr Schmeing kurz die geplanten Baumaßnahmen aus dem Straßenbauprogramm vor.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 4 Enthaltungen

Dem Straßenbericht 2007 sowie dem Hochbauprogramm 2007 wird zugestimmt.

Punkt 4.1: Radverkehr und Kreisstraßen - Konzept 2003
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 15.12.2006
Vorlage: 0317/2006

vgl. Erläuterungen unter Punkt 4.

Punkt 5: Beratung des Haushaltsentwurfs für das Budget 12 - Straßen, Gebäude,
Grünflächen
Vorlage: 0293/2006

Berichterstatter: Peter Sonntag

Vorsitzender Horstick erklärt, dass in Absprache mit der Verwaltung künftig jährlich eine externe Ausschuss-Sitzung stattfinden solle, damit die Mitglieder des Ausschusses einen besseren Überblick über die Maßnahmen vor Ort bekämen. Dieser Vorschlag wird einhellig begrüßt.

Herr Sonntag stellt kurz das Hochbauprogramm 2007 vor und sagt auf Anfrage von Frau Lindenhahn zu, das Thema Energiekosten bei den kreiseigenen Gebäuden im kommenden Jahr im Ausschuss zu behandeln. Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) habe bei der Analyse der Betriebs- und Energiekosten festgestellt, dass der Kreis Borken den drittniedrigsten Energieverbrauch aller Landkreise in Nordrhein-Westfalen aufweise. Hätte die GPA aus statistischen Gründen nicht die Kohleheizung herausgerechnet, mit der das Kreishaus Borken geheizt werde, wäre der Kreis Borken sogar auf Platz 1 gelandet.

Herr Ahold gibt zu bedenken, dass ihm die geplanten Ausgaben für den Umbau der Brüder-Grimm-Schule in Gescher mit 250.000 € sehr hoch erschienen. Er frage sich, ob bei diesem Betrag ein kompletter Neubau nicht günstiger wäre. Herr Sonntag räumt ein, dass es sich hier um eine erste grobe Schätzung des Gesamtumfanges handele, die pessimistisch hoch angesetzt worden sei, um besondere Aufwendungen (z.B. Brandschutzmaßnahmen) zu berücksichtigen. Sollte sich herausstellen, dass ein Umbau unwirtschaftlicher sei, werde selbstverständlich ein Neubau vorgezogen.

Herr Kramer erläutert den Antrag der SPD-Fraktion zur Einstellung des kommunalfinanzierten Radwegebauprogrammes. Nach Ansicht seiner Fraktion solle dem Kreis jährlich ein Betrag in Höhe von 500.000 € für den förderunabhängigen Radwegbau zur Verfügung stehen. Der Kreis solle bei Planung und Ausführung der Baumaßnahmen nicht mehr darauf angewiesen sein, ob die betreffende Gemeinde bereit oder finanziell in der Lage sei, sich an den Bauausgaben zu beteiligen. Auf diese Weise könnten nicht nur wohlhabende Gemeinden einen verkehrlich notwendigen Radweg bekommen, sondern auch schlechter gestellte Kommunen in der Haushaltssicherung, die sich den 50%-Anteil nicht erlaubten, kämen zum Zuge. Herr Sonntag stellt klar, dass mit der Stadt Gescher eine eher notleidende Gemeinde einen der ersten kommunalfinanzierten Radwege bauen lassen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten, dass es auch mit Rücksicht auf die anderen kreisangehörigen Städte und Gemeinden gute Erfahrungen damit gegeben habe, die jeweilige Gemeinde „mit ins Boot zu holen“ und finanziell zu beteiligen, um wirklich nur die Projekte zu verwirklichen, für die die Betroffenen bereit seien, eigene Opfer zu bringen.

Vorsitzender Horstick lässt zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss: 3 Ja-Stimmen
 13 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Der Antrag der SPD-Fraktion Nr. 12-01 zum Haushalt 2007 ist damit abgelehnt.

Sodann lässt Vorsitzender Horstick über die Vorlage zum Budget 12 abstimmen.

Beschluss: 11 Ja-Stimmen
 3 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2007, bezogen auf das Budget 12 – Straßen, Gebäude, Grünflächen, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2007 zu verabschieden.

Punkt 6: Mitteilungen der Verwaltung

- Herr Stienen berichtet, dass die Nordwestbahn den Betrieb auf den Strecken Borken – Essen und Dorsten – Coesfeld zum 11. Dezember 2006 aufgenommen habe. In der Startphase seien einige Schwierigkeiten aufgetreten. Diese konnten behoben werden. Die neuen Züge hätten einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Das gleiche gelte für das Serviceangebot des neuen Betreibers.
- Herr Stienen verweist auf den Beschluss des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen, ÖPNV-Themen zunächst in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe ÖPNV zu beraten. Die Sitzungen der Interfraktionellen Arbeitsgruppe würden jeweils zwei Wochen vor der Ausschuss-Beratung stattfinden. Als Termine wurden vereinbart: 20. Februar 2007, 5. Juni 2007, 28. August 2007 und 27. November 2007. Sofern kein Beratungsbedarf bestehe, erhielten die Mitglieder der Arbeitsgruppe einen Hinweis.
- Herr Dr. Paßlick berichtet über den Stand der Überlegungen zur Organisationsreform des Schienenpersonennahverkehrs im Land Nordrhein-Westfalen. Das Land überlege, die Organisationsstrukturen zu verändern und die Zahl der Zweckverbände von bisher neun auf drei zu reduzieren. Es zeichne sich ab, dass zwei Zweckverbände die Ballungsräume (Ruhrgebiet und Räume Köln-Bonn und Aachen) und ein weiterer den ländlichen Raum versorge. Die Zweckverbände würden die Aufgaben des Aufgabenträgers und die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs übernehmen. Problematisch sei die Größe und die unterschiedliche Struktur der Zweckverbände. Außerdem beabsichtige das Land ein Landesvorrangnetz für den SPNV. Dies wäre der Disposition der Regionen entzogen. Im straßengebundenen ÖPNV seien kleinere Veränderungen absehbar. Kreise und kreisfreie Städte blieben Aufgabenträger, die Finanzierung werde aber umgestellt. Die Kreise könnten die Verteilung der finanziellen Mittel übernehmen. Wie die Verteilungskriterien ausgestaltet würden, sei noch nicht bekannt. Es zeichne sich aber ab, dass ab 2010/ 2011 die Zuschüsse für den Schülerverkehr über die Aufgabenträger an die Verkehrsunternehmen ausgeschüttet würden. Damit ergeben sich neue Aufgaben für den Kreis als Aufgabenträger, da dieser die Ausschreibungen übernehmen müsse. Dies sei Aufgabe der RNVG. Der Kreistag bleibe verantwortlich für die politische Beratung und Beschlussfassung.
- Herr Sonntag informiert die Mitglieder des Ausschusses zum Verfahrensstand des Ausbaues der Start- und Landebahn am Flugplatz Stadtlohn-Vreden. Die luftverkehrsrechtliche Genehmigung sei in der letzten Woche eingegangen; diese sei sofort vollzugsfähig. Ob noch Rechtsmittel von den Ausbauegegnern eingelegt würden, bleibe abzuwarten. Im Herbst 2007 solle nach Ablauf der Vogelbrutzeit mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Punkt 7: Anfragen

- Auf die Anfrage von Frau Lindenhahn erklärt Herr Stienen, mit der Einführung des Schoko-Tickets habe der VRR die Fahrgeldeinnahmen erheblich steigern können. Die RVM profitiere von den Mehreinnahmen im Rahmen der Einnahmenaufteilung für Verkehre, die von der RVM im VRR-Bereich abgewickelt würden. Für die Jahre 2004 und 2005 ergebe sich eine Nachzahlung in einer Größenordnung von 770 T€. Diese komme allen Kreisen zugute.

Vorsitzender Horstick dankt den Ausschuss-Mitgliedern und der Verwaltung für die konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit und wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest und für das kommende Jahr alles Gute.

Vorsitzender Horstick schließt die Sitzung um 19:10 Uhr.

Horstick
Vorsitzender

Sobek Schwering
Schriftführer